

Kein Grund zum Feiern

70 Jahre Kaschmir-Konflikt

Michael Gottlob

Kaschmir erlebt den 70. Jahrestag der indischen Unabhängigkeit im Unfrieden; wie schon frühere Jahrestage. Angelegt war die immer wieder aufkommende Unruhe bereits in den Begleitumständen der Unabhängigkeit selbst. Die unglückliche Koinzidenz von Befreiung und Teilung Indiens nahm hier besonders dramatische Formen an. Und die damalige Gewalterfahrung hat sich in der weiteren Entwicklung unerbittlich fortgesetzt.

Eine naheliegende Erklärung für den anhaltenden Konflikt ist die ständige Einmischung von außen. Darin sind sich vielleicht sogar alle Beteiligten einig: Inder, Pakistaner, Kaschmiris. Nur was hier als außen zu gelten hat und was als Integrität oder Souveränität, darüber ist die Verständigung mit zunehmender Dauer immer schwerer geworden.

Ein ruhiges Abwägen der im August 1947 bestehenden Optionen für den Anschluss an Pakistan oder Indien oder für die fortbestehende Unabhängigkeit Kaschmirs wurde schnell unmöglich gemacht. Als Freischärler aus Pakistan auf Srinagar zumarschierten, bat Maharadscha Hari Singh, der Hindu-Herrscher im mehrheitlich von Muslimen bewohnten Kaschmir, Indien um Hilfe und erklärte am 26. Oktober 1947 den Anschluss seines Staates an Indien.

Darauf kam es zum offenen Krieg zwischen Indien und Pakistan, der im Juli 1949 mit einem Waffenstillstand endete. Bei den Verhandlungen in Karachi wurde die später (seit dem Shimla-Abkommen von 1972) als *Line of Control* bezeichnete Grenze zwischen dem pakistanisch und indisch kontrollierten Gebiet festgelegt und Kaschmir geteilt. Die im Januar 1948 von Indien angerufenen Vereinten Nationen beschlossen, Militärbe-

obachter nach Kaschmir zu schicken und ein Referendum über den Beitritt Kaschmirs zu Indien oder Pakistan abzuhalten. Zu einem solchen Referendum ist es nie gekommen, was von Pakistan bis heute immer wieder moniert wird. Allerdings hat Pakistan auch wiederholt versucht (Sialkot 1965, Kargil 1999), seinen Anspruch auf ganz Kaschmir militärisch durchzusetzen. Mit dem Ergebnis, dass die indische Machtposition in Jammu and Kaschmir (J&K) weiter gestärkt wurde.

Autonomie oder Selbstbestimmung?

Immerhin, statt des ausgebliebenen Referendums sicherte die indische Verfassung von 1950 in Artikel 370 dem Bundesstaat J&K eine weitgehende Autonomie zu. Nur die Bereiche Verteidigung, Außenpolitik und Kommunikation sollten der Zentralregierung vorbehalten sein. Mit der im Januar 1957 verabschiedeten Verfassung von J&K bestätigten die gewählten Vertreter Kaschmirs ihrerseits den im Oktober 1947 vollzogenen Beitritt zu Indien und erklärten J&K zum „integralen Bestandteil“ der Indischen Union.

Wie die Autonomie allerdings konkret ausgestaltet werden sollte, blieb strittig. Von Delhi wurde in den Folgejah-

ren, auch unter Ausnutzung innerer Konflikte in J&K, die Aushöhlung von Artikel 370 betrieben und stattdessen die immer stärkere Anbindung an Indien gefördert. Der seit 1948 amtierende Premierminister Sheikh Abdullah, der nach Abschaffung der Monarchie die Macht innehatte, wurde von der indischen Regierung einer Politik mit dem Ziel der Unabhängigkeit Kaschmirs verdächtigt und am 9. August 1953 abgesetzt, verhaftet und der Verschwörung angeklagt. Zehn Jahre später kam er zunächst vorübergehend frei, im Jahr 1975 wurde er erneut zum Regierungschef gewählt. Seine Partei, die *J&K National Conference* (JKNC), blieb lange Zeit der entscheidende Machtfaktor, nach Sheikh Abdullahs Tod (1982) geführt von seinem Sohn Farooq Abdullah und später von seinem Enkel Omar Abdullah.

Nicht nur die Verweigerung einer Volksabstimmung durch den indischen Staat bei gleichzeitig hintertriebener Autonomie wurde zu einer Quelle wachsender Unzufriedenheit unter den Kaschmiris. Auch die Vorbehalte gegenüber der Regierung in Srinagar erhöhten sich durch Berichte über Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen. Eine Zäsur stellten die Wahlen von 1987 dar, die mit massiven Wahlfälschungen einhergingen und eine Koalitionsregierung von JKNC



und Kongresspartei unter Farooq Abdullah hervorbrachten.

Spätestens seit diesem Zeitpunkt erschien vielen Kaschmiris die einstmalige Entscheidung für Indien fragwürdig. Das Vertrauen in die Verfassung und die demokratische Willensbildung sank. Stattdessen nahm die Aktivität bewaffneter Gruppen zu, die seit Ende der 1960-er Jahre entstanden waren. Einige, wie die säkular eingestellte *J&K Liberation Front* (JKLF), kämpften für die Unabhängigkeit Kaschmirs, andere, wie die 1989 entstandenen *Hizbul Mujahideen*, forderten den Anschluss an Pakistan.

Die indische Regierung reagierte auf die Unruhen mit der Entsendung von Militär. Seitdem ist Kaschmir im Griff von Armee und Sicherheitskräften. Wenige Gebiete der Welt sind so stark militarisiert wie J&K. Im Jahr 1990 wurde zudem mit dem *Armed Forces (Special Powers) Act* (AFSPA) ein Sondergesetz in Teilen von J&K eingeführt, das im Fall von Übergriffen gegen Zivilpersonen dem Täter faktisch Straflosigkeit gewährt. Übergriffe auf die Zivilbevölkerung gab und gibt es freilich auch immer wieder vonseiten

bewaffneter Gruppen. Angesichts der zunehmenden Gewalt verließen Tausende von Hindufamilien, darunter viele der sogenannten *Kaschmir Pandits*, das Kaschmirtal.

Kaschmir im Indien der Hindutva-Agenda

Mit dem Antritt der BJP-Regierung in Delhi im Mai 2014 waren, neben Befürchtungen einer Polarisierung zwischen den Religionsgemeinschaften, bei einigen Kaschmiris durchaus auch Hoffnungen verbunden gewesen. Hoffnungen vor allem auf wirtschaftliche Entwicklung, und damit entstehende Jobs für die perspektivlosen Jugendlichen. Die Erwartungen wurden bestärkt, als nach den J&K-Wahlen von 2015 die BJP in eine von der *People's Democratic Party* (PDP) geführte Koalitionsregierung eintrat.

Wie aber hätte sich die politische Lage entspannen sollen, wenn die BJP zur selben Zeit in Indien nach der Abschaffung von Artikel 370 rief und ihr nahestehende Organisationen eine aggressive, antimuslimische Hindutva-Agenda verfolgten. Formelartige Bekenntnisse zum indischen

Eine Gruppe College-Studentinnen wirft Steine gegen indische Ordnungskräfte als Gegenbild zu den Steine werfenden jungen Männern und insbesondere Ausdruck einer umfassenden Frustration, die alle Bereiche der Gesellschaft erfasst hat.

Foto: Amnesty International

Kaschmir sind im ganzen Land zum Lackmустest für nationales Selbstbewusstsein geworden, Eintreten für Autonomie in Kaschmir und Kritik an Armee und Sicherheitskräften werden als Aufwiegelung und Angriff auf den Staat angesehen.

Exemplarisch für die Aussichtslosigkeit von Verständigungsversuchen ist der Verlauf einer Veranstaltung (*Broken Families*) von Amnesty India im August 2016 in Bengaluru, auf der Opfer von Menschenrechtsverletzungen in Kaschmir über ihre Erfahrungen sprechen sollten, und zwar sowohl muslimische Familien als auch Vertreter der *Kaschmir-Pandits*. Als es zu Kontroversen kam und aus dem Publikum Slogans für die Freiheit Kaschmirs gerufen wurden, zeigten Mitglieder der *Akhil Bharatiya Vidyarthi Parishad* (ABVP), des Studentenverbandes der BJP, die

Organisatoren wegen antinationaler, antiindischer Propaganda und Volksverhetzung an. Das Büro von Amnesty wurde tödlich angegriffen und das Verbot der Organisation gefordert.

Zu dieser Zeit war die Lage in J&K erneut eskaliert, nachdem Anfang Juli 2016 ein militanter Führer der *Hizbul Mujahideen*, Burhan Wani, in einem Gefecht getötet worden war. Burhan Wani hatte sich über die eigene Erfahrung von Repression radikalisiert. Er war sehr aktiv in den sozialen Medien, wo er seine Botschaften per Video verbreitete. Für viele Kaschmiris repräsentierte er die neue Generation und ihren Kampf für die Freiheit Kaschmirs.

Nach dem Tod Wanis setzte massiver und gewalttätiger Protest ein, auf den die Sicherheitskräfte ebenso massiv und gewalttätig antworteten. Innerhalb von zwei Monaten wurden etwa 80 Personen getötet, darunter zwei Sicherheitskräfte. Bei der Verfolgung verletzter Demonstranten schreckten Sicherheitskräfte nicht davor zurück, bis in ein Krankenhaus vorzudringen und das medizinische Personal anzugreifen. In weiten Teilen Kaschmirs wurden private Telefon- und Internetverbindungen abgeschaltet, kritisch berichtende Zeitungen wie etwa der *Kashmir Reader* wurden geschlossen.

Darüber hinaus wurden über 400 Personen in Verwaltungshaft genommen. Die Praxis der Verwaltungshaft hat, ähnlich wie das Sondergesetz AFSPA, dazu beigetragen, dass das Vertrauen in den Rechtsstaat verloren ging. Das hier zugrunde liegende Gesetz, der *Public Safety Act* (PSA) von 1978, erlaubt es den Behörden, Einzelpersonen ohne Einschaltung von Gerichten bis zu zwei Jahre festzuhalten. So kann der Staat Unterstützer von bewaffneten Gruppen, zivilgesellschaftliche Aktivist/-innen oder Politiker/-innen aus dem Verkehr ziehen, gegen die keine ausreichenden Beweismittel vorliegen. Nach einem Bericht von Amnes-

ty International von 2010 (*A Lawless Law: Detentions under the Public Safety Act*) sind seit Inkrafttreten des PSA 10.000 bis 20.000 Personen auf diese Weise in Haft gehalten worden.

Unter den Verhafteten befand sich Khurram Parvez, ein bekannter Menschenrechtsaktivist und Mitarbeiter der *J&K Coalition of Civil Society*. Er war auf dem Weg zum Menschenrechtsrat der UN in Genf am Flughafen in Delhi an der Weiterreise gehindert und bei der Rückkehr in Kaschmir festgenommen worden. Nachdem ein Gericht seine Freilassung wegen fehlender Beweise anordnete, wurde er wenige Tage später in Verwaltungshaft genommen. Wenn selbst friedlicher Protest und Kritik an Menschenrechtsverletzungen unmöglich gemacht werden, so fragen sich viele, was bleibt dann anderes übrig als Militanz?

Repression und Militanz

In einem Editorial der *Hindustan Times* vom 28.4.2017 wird das Fehlen von selbstkritischen Berichten beklagt, wie westliche Soldaten und Politiker sie über Vietnam, Irak und Afghanistan verfasst hätten. Hier bestehe ein regelrechtes „narratives Vakuum“. Dabei gebe es durchaus Stimmen aus dem indischen Militär, die davor warnen, sich nur auf die Wirkung von Gewalt zu verlassen. Die Erlebnisse der Soldaten vor Ort, die tatsächlich Schießen und Töten müssten, seien weit entfernt von den Fantasien bequemer Nationalisten, die sich im Lehnstuhl am Heroenkult berauschten. Man dürfe nicht, so das Fazit, weitermachen mit einer Politik, die „Zivilisten brutalisiert“ und „Soldaten entmenschlicht“.

In eine ähnliche Richtung argumentiert Radha Kumar von der *Delhi Policy Group*, eine der unabhängigen *interlocutors* (Gesprächspartner), die im Oktober 2010 von der indischen Regierung nach Kaschmir geschickt worden waren, um Ansichten und

Ideen in der Gesellschaft von J&K zu erkunden. Statt die Zeit mit nutzlosen Debatten darüber zu vergeuden, wer nationalistischer unter den Indern sei und wer verräterisch unter den Kaschmiris, müsse man direkt mit den Dissidenten in Kaschmir sprechen. Die Gruppe erinnert an die mutigen Aktivisten, die von muslimisch-pakistanischer Seite unter Beschuss geraten sind, und von denen einige in ihrem Einsatz für Frieden mit Indien ihr Leben gelassen haben. So zum Beispiel Abdul Ghani Lone von der *People's Conference*, die die Zeit des bewaffneten Kampfes als beendet erachtete, und der gleichwohl in einer Operation des pakistanischen Geheimdienstes ISI getötet wurde. Pro-pakistanische Militante ermordeten auch Majid Dar, just den Kommandeur der *Hizbul Mujahideen*, der Gespräche mit Vertretern der Armee über einen Waffenstillstand führte.

Schlaglichter auf den Belagerungszustand

Nach Gesprächen und Verhandlungen sieht es zurzeit nicht aus. Stattdessen standen in den letzten Wochen einige Pressefotos im Zentrum der Aufmerksamkeit. Sie veranlassten viele zu eingehenden Reflexionen über Kaschmir und Indien 70 Jahre nach Erlangen der Unabhängigkeit. Das eine Bild zeigt einen jungen Mann, der an die Front eines Militärjeeps gekettet ist. Mit ihm als menschlichem Schutzschild sollte es dem Wagen und Konvoi ermöglicht werden, unbehelligt durch Steinewerfer über die Straßen von Kaschmir zu fahren. Ein Schild, das ihm um den Hals gehängt worden war, denunzierte ihn selbst als Steinewerfer.

Nicht genug damit, dass hier in eklatanter Weise gegen die Bestimmungen der Genfer Konvention verstoßen wurde: Der für die Aktion verantwortliche Offizier, Major Gogoi, wurde vom Chef der indischen Armee auch noch ausgezeichnet. General Bipin Rawat sprach von „innovativen“ Mitteln im Umgang mit der



Situation. Nach einem Statement von *Human Rights Watch* beseitigt das öffentliche Lob für die Tat den letzten Rest an Glauben, dass es der indischen Regierung mit der Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte ernst ist. Partha Chatterjee, Historiker und Theoretiker des Postkolonialen, hat die Rechtfertigung des Armeechefs für die *innovative tactics* zum Anlass genommen, von Indiens *General Dyer Moment* zu sprechen, in Anspielung auf die Rechtfertigungen für die Aktionen der britisch-indischen Armee im Punjab im Jahre 1919 (Das Massaker von *Jallianwala-Bagh*), denen die Verteidiger des Vorgehens der indischen Armee in Kaschmir sehr nahe kämen.

Ein anderes Bild, das ebenfalls öffentlich diskutiert worden ist, zeigt eine Gruppe Steine werfender College-Studentinnen. Steine werfende junge Männer sind in den indischen Medien zum Sinnbild für irrationale Gewalt in Kaschmir geworden, gegen die die Armee und Sicherheitskräfte mit aller Härte vorgehen müssten. Das Bild von den Steine werfenden jungen Frauen und Mädchen lässt dagegen eher an

die von der schieren Anwesenheit einer halben Million Soldaten in J&K selbst ausgehende Gewalt denken.

Es ist nach Ansicht eines Kommentators ein fatales Zeichen: „...dafür, dass Indien in Kaschmir den Faden verloren hat.“ Die Szene ruft bei ihm die Erinnerung an einen symbolkräftigen Wendepunkt im indischen Kampf gegen die Kolonialherrschaft wach: an den Salzmarsch von 1930, auf dem friedlich für ihr Recht eintretende *Satyagrahis* sich vor laufenden Kameras brutal von der Polizei niederknüppeln ließen. So, wie der amerikanische Reporter Webb Miller von *United Press* damals bemerkte, *‘Today the British Empire lost India’*, so könnten auch die Inder heute sagen, *“that Kashmir seems to have slipped away.”* (Sadanand Menon, *When little girls pick up stones*, *The Hindu*, 29.04. 2017).

Manche halten die Vergleiche und Assoziationen für überzogen und weit hergeholt. Aber sie zeugen von der Ahnung, dass sich die Situation, seit Kaschmir sich für die Zugehörigkeit zum säkularen und multi-kulturellen Indien entschieden hatte, grundlegend geändert hat. Viele

Menschliches Schutzschild, an die Front eines Militärjeeps gekettet.

Foto: Foto Anonymus, verdeckte Aufnahme

Kaschmiris empfinden die indischen Truppen längst als Besatzungsmacht. Und die Veränderung betrifft nicht nur J&K, sondern Indien als Ganzes. Auch wenn Indien seine Macht über Kaschmir militärisch behaupten kann, so bleibt doch die dauerhafte Missachtung der Menschen und ihrer Rechte in den sogenannten Unruhegebieten nicht ohne Rückwirkungen auf die indische Politik überhaupt. Mit der Haltung zu Kaschmir steht auch die Zukunft Indiens zur Debatte.

Zum Autor



Michael Gottlob ist Historiker und lebt in Berlin.